

Niederschrift

BMB/011/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Beirates für
Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine
am 13.12.2023

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Claus Meier

Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Tobias Frönd

Mitglied

Herr Andreas Greiwe

Mitglied

Frau Ellen Knoop

Mitglied

Herr Winfried Preuschoff

Mitglied

Frau Marlies Scheinert

Mitglied

Herr Michael Stitz

Mitglied/1. Stellv. Vorsitzender

Vertreter:

Frau Stefanie Bicker

stellv. Mitglied

Frau Beate Hoogenberg

Stellv. Mitglied

Frau Nina Jansen

Vertretung für Frau Linda Rezmer

Frau Maria Thünemann

stellv. Mitglied

Gäste:

Herr Christoph Isfort

Geschäftsführer Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH

Herr Siegfried Müller

Geschäftsführer Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Frau Jacqueline Raade

Unterstützung Senioren-
und Behindertenarbeit

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Linda Rezmer

Mitglied

Frau Anke Riemasch

Mitglied

Vertreter:

Herr Christopher Lüking

Stellv. Mitglied

Herr Werner Montag

Stellv. Mitglied

Frau Monika Olschewski

Stellv. Mitglied

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung

Der Beiratsvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste.

2. Niederschrift Nr. 010/2023 über die öffentliche Sitzung am 21.08.2023

Keine Anmerkungen, genehmigt.

3. Wohnraum für Menschen mit Behinderung

In seinen einleitenden Worten weist der Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderung auf die lange Suche betroffener Eltern nach einer Lösung des Wohnraumproblems in Rheine hin (Bedarf von ca. 45 Plätzen in Rheine). Auch den besonderen Leidensdruck innerhalb der Familien greift Claus Meier kurz auf. Hindernisse zur Schaffung neuen Wohnraumes sind natürlich die Frage nach entsprechendem Baugrund und nicht zuletzt die ausufernden Baukosten, die in der Sitzung auf kommunaler Ebene thematisiert werden sollen.

Der Beirat für Menschen mit Behinderung ist mit dieser aktuellen Entwicklung natürlich nicht zufrieden. Weshalb in der letzten Beiratssitzung beschlossen wurde konkrete Fragen an die Verwaltung und die Politik zu stellen.

Zwischenzeitlich ist, man konnte es den Medien entnehmen, über eine Elterninitiative der Arbeits- und Gesundheitsminister Laumann beteiligt worden.

Fragen durch den Beirat (Michael Stitz und Andreas Greiwe):

1. Fragen an die Wohnungsgesellschaft und die Stadtverwaltung:

a) Andreas Greiwe fragte zunächst nach dem Kenntnisstand der Stadtverwaltung mit Hinblick auf den aktuellen Planungsstand bei den potenziellen Trägern. Ergänzend dazu fragte er, welche Hindernisse es bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen gibt? Der Beigeordnete Herr Gausmann antwortete, dass der LWL sage, die Stadt Rheine tue sich schwer, die Verantwortung liege aber nicht bei der Stadt, sondern beim Land-schaftsverband. Vor sieben Jahren habe der LWL vorgegeben, dass ein Zubau nur mög-lich sei, wenn andernorts Plätze zurückgebaut würden. Also müsse man das entstan-dene Dilemma lösen.

Zum Hintergrund erläutert er, dass vor allem Menschen mit gravierenden Schwerstmehr-fachbehinderungen betroffen und ohne Perspektive seien, also Bewohner, die eigen-ständig nicht wohnen könnten.

Weiter führt Herr Gausmann aus, dass die Frage der Größe entscheidend für Wachen, Nachtschichten, Notwendigkeit einer Küche und weitere Aspekte sei. Er gehe dabei am ehesten von 24er Gruppen aus.

Neben den skizzierten Problemen, welche Struktur und welchen Ausbau eine Wohnan-lage bekommen würde, seien die Hinderungsgründe letztlich aber die Baukostensteige-rungen; für geförderten Wohnraum gelte die Notwendigkeit der Mietendeckelung. Daher seien Grundstücke vor allem über Erbbaumodelle refinanzierbar (Erbbauzins zu 1,5 %).

Die Stadt Rheine habe die potenziellen Träger angeschrieben mit einem Fragenkatalog, der das Ziel verfolge, Hindernisse zu identifizieren. Die erbetene Frist für die Rücksen-dungen sei mit Mitte Januar 2024 angegeben worden.

b) Michael Stitz fragte, ob die Wohnungsgesellschaft als Investor oder Ideengeber für den Bau von Wohnplätzen in Frage kommt. Die Wohnungsbaugesellschaft habe als 100% Tochter der Stadt die Aufgabe, als GmbH Kindergärten, Wohnungen usw. zu bau-en.

Herr Isfort von der Wohnungsgesellschaft antwortete, dass die Gesellschaft wohl als In-vestor, nicht aber als Betreiber fungieren könne. Wichtig sei dabei immer die Langfristig-keit der Mietverträge, um auch die Finanzierung durch die Banken zu erreichen. Offen bzw. nicht abschließend geklärt seien dabei noch Fragen der Fördergelder.

Herr Müller ergänzte, dass eine geschlossene Vermietung von besonderer Bedeutung sei. Der organisatorische Aufwand, viele einzelne Mieter anzusprechen, sei nicht zu schaffen.

c) Der Beirat fragt nach Möglichkeiten, mit denen die Stadt Rheine diesen Prozess (mehr Wohnraum zu schaffen) voranbringen kann. Sie fragt nach politischen Unterstützungs-möglichkeiten und regt dabei auch eine Erhöhung der Quote für den sozialen Woh-nungsbau an. Michael Stitz führt in diesem Zusammenhang die geringe Quote in Rheine an, die durch eine Studie der NRW-Bank belegt sei. Münster etwa liege mindestens 10% über der Quote.

Herr Gausmann antwortete in Vertretung für die verhinderte Frau Dr. Hovestadt, dass die Quote in Rheine besser sei, auch durch Maßnahmen zum barrierefreien Bauen wie etwa in der Hovestraße. Hieraus leitet er die Schlussfolgerung ab, dass die Quotierung allein nicht zur Behebung des Problems führe. Trotz öffentlicher Förderung gehen die Bauan-träge zurück.

Herr Müller von der Wohnungsbaugesellschaft weist darauf hin, dass aktuell von 170 Wohnungen 166 geförderte Wohnungen sind, die alle barrierefrei gebaut worden seien.

Beiratsmitglied Frau Ellen Knoop weist darauf hin, dass die Caritas Rheine im Moment nicht aktiv an einem Projekt arbeite. Das Hauptproblem sei, dass es aktuell keinen Betreiber gebe (Investoren gebe es). Das zuvor benannte Treffen mit dem Minister Herrn K.-J. Laumann habe die Tendenz aufgezeigt, dass es zu besonderen Wohnformen gehe.

4. Einwohnerfragestunde

a) Frau Stahlbörger erläutert, dass sie als Mutter seit 32 Jahren ihren Sohn pflegt, der seit 20 Jahren auf der Warteliste steht; aktuell gehe auch Kurzzeitpflege nur in Metelen, was mit 45 Minuten Fahrtweg verbunden sei. Besonderheiten wie ein besonders großes Pflegebett seien nirgends in Rheine und Umgebung vorhanden. Daher bittet sie darum, auch in Rheine für solche Bedürfnisse Platz und Raum zu schaffen.

An den Beigeordneten Herrn Gausmann gerichtet erfragt Herr Raatgering, aus welchem Grund der Wittekindshof 2017 keine besonderen Wohnplätze in Rheine schafft. Es gingen Gerüchte rum, dass die Stadt Rheine sich verweigert habe.

Herr Gausmann antwortet, dass es nie eine Weigerung gegeben habe, dem Wittekindshof die Plätze zu ermöglichen (eine Weigerung habe auch nicht in den Möglichkeiten der Stadt gelegen). Ein passendes Grundstück in Mesum sei vorhanden, aber es gebe dazu noch keine Bauvoranfrage oder Vergleichbares durch den Träger.

b) Familie Stapkert fragt, ob es denn schon konkrete Pläne für Grundstücke gebe. Frau Stahlbörger stellt die Damloup-Kaserne als Option dafür in den Raum.

Herr Gausmann antwortet, dass es Planungen gibt, allerdings die Bauvoranfrage des Trägers fehle.

Ellen Knoop schlussfolgert, dass es Grundstücke und Investoren für die notwendigen Bauvorhaben gibt, es allerdings an Betreibern in Rheine mangelt. Der Beiratsvorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf einen Folgetermin mit möglichen Leistungserbringern hin.

Als Schlussfrage wird zusammengefasst, was die nächsten Schritte der Stadt sind.

Herr Gausmann nennt zunächst das Warten auf die Abfrage der Träger bis zum 15.01.24.

Weitere Gespräche mit dem zuständigen Ministerium und dem LWL sollen auch die Frage klären, ob sich die Städtebauförderung noch ändert.

Ellen Knoop erläuterte, dass Minister K.-J. Laumann ggf. neue Baufördergelder und vertiefte Mitarbeit der Stiftung Wohlfahrtspflege prüfen wolle.

5. Bericht und Informationen aus der Verwaltung

Frau Raade fasst im Bericht der Verwaltung zusammen, dass die Familien-App der Stadt Rheine online ist. Aktuell wird die App durch den Beirat für Menschen mit Behinderung auf Barrierefreiheit für Menschen mit Seheinschränkungen/Sehbehinderungen überprüft. Zudem sind einige Inhalte in leichter Sprache übersetzt.

6. Ergebnisse aus den Aktivitäten des Beirates

Der Vorsitzende Claus Meier moderiert die Zusammenfassung über die Aktivitäten des Beirats.

Der Beirat für Menschen mit Behinderung hat eine Stellungnahme für den Bernburgplatz geschrieben.

Zudem hat die AG für die heutige Sitzung getagt, um die Beiratssitzung vorzubereiten. Herr Meier bedankt sich bei den Beiratsmitgliedern, die die AG besetzt haben sowie der Stadtverwaltung für die Unterstützung.

7. Berichte der sachkundigen Einwohner aus den Ausschüssen

Bau- und Mobilitätsausschuss:

Aus dem Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet Herr Meier von Gesprächen über das Barrierefrei-Konzept der Elsa-Brandström-Realschule. Er bedauert den Rückschritt in der Planung der Turnhalle. Rettungswege usw. geben aus seiner Sicht aber keinen Anlass zur Sorge, alles sei gut geplant, auch die äußere Form als dreiblättriges Kleeblatt sei sehr ansprechend.

Bodenindikatoren wurden am Bernburgplatz thematisiert und überprüft, würden aber nach jetzigem Stand ausreichen.

Im Bau- und Mobilitätsausschuss sei die Situation an der Duesbergstraße / Sandkampstraße angesprochen worden. Nach neuer Planung des Nahverkehrs (2025) sei eine Fußgängerampel vorgesehen.

Bei der Diskussion des Nahverkehrs sei aktuell leider keine Bushaltestelle am Friedhof Eschen-dorf geplant, da eine Koordination mit der sonstigen Taktung unmöglich erscheine.

Kulturausschuss:

Keine relevanten Themen für den Beirat.

Stuk:

Im Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Klimaschutz sei neben allgemeinen Fragen zu Bebauungsplänen perspektivisch vor allem der Rahmenplan Innenstadt interessant gewesen. Der Stahlsche Hof, der auch in der städtischen Planung weit gewachsen sei, der Bahnhof und Bahnhofsvorplatz und die grüne Innenstadt (Klimaertüchtigung) stünden in den nächsten Jahren am stärksten im Fokus.

Schulausschuss:

Keine relevanten Themen für den Beirat.

Sportausschuss:

Keine relevanten Themen für den Beirat.

Sozialausschuss:

Im Sozialausschuss habe es einen Antrag der Grünen gegeben, der ähnlich dem Ansinnen der Beiratssitzung gewesen sei (Finanzierung der Träger für Wohnen). Da er aber zu kurzfristig eingebracht worden sei, wurde er vertagt.

8. Verschiedenes, Termine, Anregungen

Ellen Knoop bittet darum, bei der nächsten Sitzung die Richtlinien zur Förderung der Behindertenarbeit noch einmal zu thematisieren.

Winfried Preuschhoff sprach die Frage nach den Rollstuhlplätzen beim Busfahren an – Stand jetzt sei nur ein Rolli erlaubt. Claus Meyer antwortete darauf, dass im nächsten Forderungskatalog zwei Plätze vorgesehen seien, alle zukünftigen Neuanschaffungen der Verkehrsbetriebe sind

dann betroffen. Der Aufwand sei vor allem durch die Voraussetzung von Rückhalteeinrichtungen erhöht. Perspektivisch wird die Lösung aber wohl erst in sieben bis acht Jahren spürbar werden.

Stefanie Bicker dankte für die Kondolenz bei Winfried Wewer, die positiv aufgenommen worden sei.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Claus Meier
Ausschussvorsitzender

Tobias Frönd
Stellv. Schriftführer